

Frühe Bildung: Gleiche Chancen

Fördergrundsätze für das Bundesprogramm „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“

1. Allgemeines

Mit dem Bundesprogramm „Kita-Einstieg – Brücken bauen in frühe Bildung“ sollen Angebote entwickelt und erprobt werden, die den Einstieg von Kindern in das deutsche System frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung vorbereiten und ermöglichen. Familien mit Fluchterfahrung sowie mit besonderen Zugangsschwierigkeiten zum System der frühen Bildung, Betreuung und Erziehung werden an dieses herangeführt, die gesellschaftliche Integration und Partizipation der Familien gefördert. Schließlich soll durch das Programm auch die Kompetenz der pädagogischen Fachkräfte im Umgang mit Vielfalt gestärkt werden.

2. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden grundsätzlich Angebote, die das Ziel haben, Kindern im nicht-schulpflichtigen Alter, die bisher nicht oder nur unzureichend von der institutionellen Kindertagesbetreuung erreicht werden, den Einstieg in das deutsche System der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung zu ermöglichen. Die Angebote sind dabei in einem umfassenden Sinne zu verstehen und können auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen: auf der Ebene der Kinder, der Familien, der (pädagogischen Fachkräfte in der) Kindertagesbetreuung sowie des lokalen Wirkungsfelds.

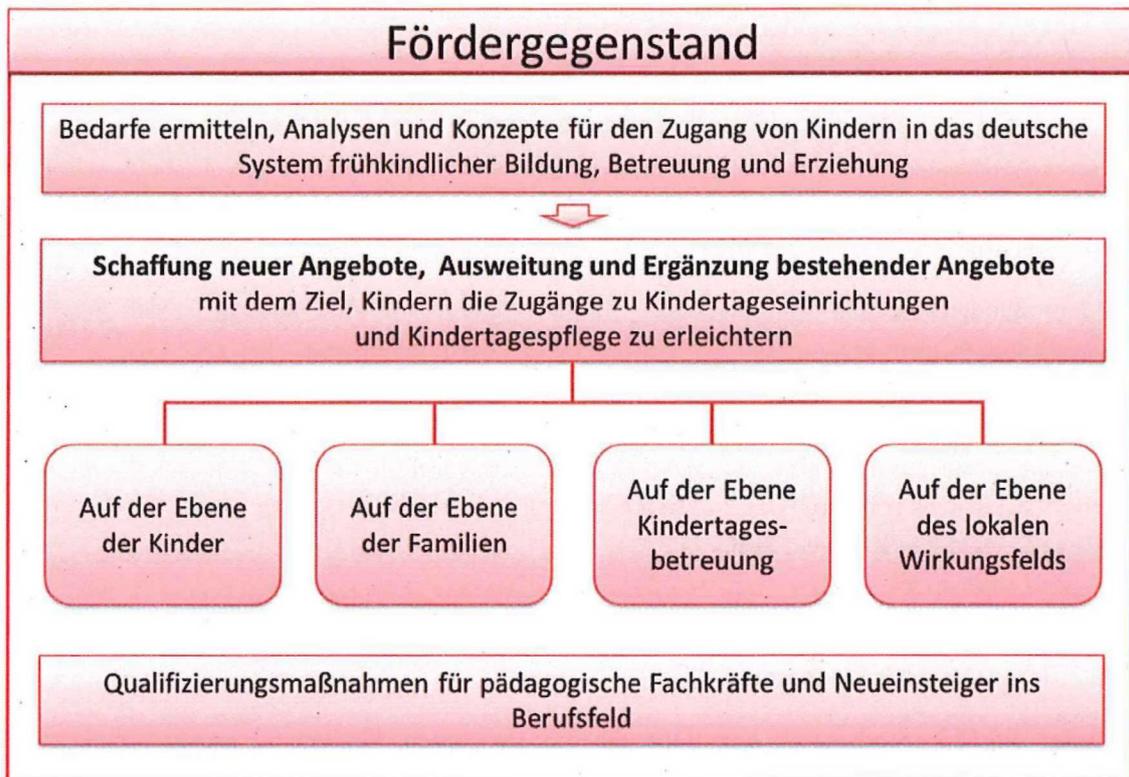
Die geplanten Angebote sind auf der Grundlage einer Bedarfsanalyse vor Ort konkret zu beschreiben. Förderfähig sind neben der Konzepterstellung sowie begleitender Netzwerkarbeit

- a) Angebote, die dem Ziel dienen, die Zugänge zu Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zu erleichtern und/oder
- b) niedrigschwellige frühpädagogische Angebote, die sich an Kinder und ihre Familien richten und das Ziel verfolgen, den Einstieg in das Regelsystem vorzubereiten.

Für alle Angebote können

- c) Qualifizierungsmaßnahmen für pädagogische Fachkräfte sowie weitere Personen, die dem Erreichen der Ziele des Bundesprogramms dienlich sind, durchgeführt werden (z. B. Personen mit Migrationshintergrund).

Dabei können neue Angebote entwickelt und erprobt werden. Außerdem können bestehende, additive Angebote, die sich auf die Zielgruppe des Bundesprogramms fokussieren, sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht ergänzt werden. Um eine Anschlussfähigkeit an die Initiativen der Länder zu sichern, besteht die Möglichkeit, länderspezifische Förderschwerpunkte zu definieren.



Verantwortlich für die Umsetzung der Projekte sind die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, die aufbauend auf den vorhandenen Strukturen in Kooperation mit weiteren Akteuren Angebote entwickeln, koordinieren und begleiten.

2.1 Koordinierungs- und Netzwerkstelle

Für die Konzeption und Einbettung der Angebote für den Kita-Einstieg ist die genaue Kenntnis der lokalen Bedarfe und vorhandenen Ressourcen eine wichtige Voraussetzung. Beim örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe wird daher eine Stelle eingerichtet mit dem Ziel, die **Koordinierung und Vernetzung** der Angebote sicherzustellen und möglichst in die Jugendhilfeplanung zu integrieren. Die Stelleninhaberin bzw. der Stelleninhaber erhebt die lokalen Bedarfe, plant, entwickelt und koordiniert Angebote und baut lokale Vernetzungsstrukturen auf. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit ist es wichtig, besonders die Überleitung von den Angeboten für den Kita-Einstieg in die Regelangebote konzeptionell zu verankern.

Angesiedelt ist diese Stelle grundsätzlich beim Zuwendungsempfänger. Sofern fachlich begründet und der Transfer zur Jugendhilfeplanung sichergestellt ist, kann die Aufgabenzuweisung auch an einen Dritten erfolgen (Weiterleitung). Die Höhe des Zuschusses für die Einrichtung der Koordinierungs- und Netzwerkstelle orientiert sich an den Ausgaben für maximal eine halbe Personalstelle sowie stellenbezogenen Sachausgaben (z. B. Reisekosten) und Gemeinkosten (z. B. anteilige Mietkosten) in Höhe von bis zu 28.000 € pro Jahr.

2.2 Fachkraft für den Kita-Einstieg

Mit zusätzlichem, qualifiziertem Personal werden die Angebote – orientiert am örtlichen Bedarf und an vorhandenen Strukturen und Ressourcen – umgesetzt.

Dazu können **Fachkraftstellen für den Kita-Einstieg** in den verschiedenen Einrichtungen (Kitas, Tagespflegestellen, Familienzentren, Mehrgenerationenhäusern, Nachbarschaftszentren und weiteren im Feld der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung tätigen Einrichtungen) des Jugendamtsbezirks gefördert werden, um Angebote im Sozialraum umzusetzen. Die Träger der Einrichtungen erhalten die zugehörigen Fördermittel über eine Weiterleitung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe (Nr. 12.4 zu § 44 BHO), sofern der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe nicht selbst Träger der Einrichtungen ist.

Die Höhe des Zuschusses für die Fachkraftstellen orientiert sich an den Ausgaben für bis zu vier halbe Personalstellen sowie stellenbezogene Sachausgaben (z. B. Reisekosten) und Gemeinkosten (z. B. anteilige Mietkosten) in Höhe von bis zu 92.000 € pro Jahr.

Mindestens eine der beschäftigten Personen muss als pädagogische Fachkraft qualifiziert sein. Ergänzend ist der Einsatz von anders qualifizierten Personen, etwa Tagespflegepersonen und Elternbegleiterinnen und Elternbegleitern aus dem Bundesprogramm Elternchance I und seinem ESF-Nachfolgeprogramm Elternchance II möglich. Geeignete Personen mit entsprechenden kulturellen und sprachlichen Hintergründen können die Kontaktaufnahme zur Zielgruppe erleichtern.

2.3 Projektmittel

Darüber hinaus beinhaltet die Förderung **Projektmittel**. Dadurch können die Koordinierungsstelle sowie die Fachkräfte für den Kita-Einstieg zusätzlich durch den Einsatz direkt projektbezogener Personal- und Sachmittel unterstützt werden. Über die Projektmittel kann die Umsetzung von Angeboten unterstützt werden, die den Einstieg von Kindern in das deutsche Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungssystem vorbereiten und ermöglichen. Dazu gehören u.a. Materialien und Honorare für die Umsetzung der Angebote, wie etwa Sprachmittler, Coaching und Qualifizierung. Die Höhe des Zuschusses orientiert sich hierfür an einem Betrag in Höhe von bis zu 30.000 € pro Jahr.

3. Zuwendungsempfänger und -voraussetzungen

3.1 Zuwendungsempfänger

Antragsteller sind die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe kooperieren mit den wesentlichen Akteuren im Sozialraum, die für die Umsetzung von Angeboten für den Kita-Einstieg von Bedeutung sind. Für Stadtstaaten ist eine Sonderregelung möglich.

Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe können statt einer eigenen Antragstellung eine kreisangehörige Stadt oder Gemeinde aus ihrem Zuständigkeitsbereich als Antragstellerin benennen, wenn die Planungs- und Finanzierungsverantwortung für die Kindertagesbetreuung auf die betreffende Stadt oder Gemeinde übertragen ist. Diese kommen als Zuwendungsempfänger in Frage,

wenn die enge Abstimmung mit der Jugendhilfeplanung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe sichergestellt ist.

3.2 Zuwendungsvoraussetzungen

Dem Antrag soll eine Analyse zugrunde liegen, die den Bedarf, das Ziel der Angebote und das geplante Vorgehen beschreibt. Eine Förderung erfolgt unter Maßgabe folgender Voraussetzungen:

Zuwendungsvoraussetzungen allgemein

Bedarfsanalyse

Die Analyse vor Ort zeigt, in welchem Umfang Regelangebote von Kindern bzw. Familien mit Zugangshürden und/oder Fluchterfahrung genutzt werden bzw. wo Hindernisse bestehen.

Konzeptentwicklung

Während der Programmlaufzeit wird ein Konzept zur Entwicklung und Erprobung von Angeboten für den Kita-Einstieg sowie zur Integration von Kindern in das Regelangebot erarbeitet.

Fachkraft für den Kita-Einstieg

Es muss mindestens eine pädagogische Fachkraft für die Umsetzung der Angebote eingestellt werden (Fachkräftegebot).

Kindertageseinrichtungen

Alle Angebote, die vor Ort entwickelt werden, müssen mit einer „Anker-Kita“ kooperieren, sofern die Kita nicht selbst Träger des Angebots ist.

Kooperationsvereinbarungen

Im Laufe der Umsetzung der Angebote sollen Kooperationsvereinbarungen zwischen den relevanten Akteuren vor Ort geschlossen werden.

Der Antragsteller versichert, dass durch die Bundesförderung keine eigenen Mittel oder Mittel anderer öffentlicher Träger eingespart werden. Er hat außerdem zu verdeutlichen, wie über den Förderzeitraum hinaus der Bestand und/oder die Weiterentwicklung der geschaffenen Angebote sichergestellt werden kann.

4. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

Zuwendungen werden im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und auf Grundlage dieser Fördergrundsätze gewährt. Der Förderzeitraum endet zum 31.12.2020.

Die Zuwendung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss als Projektförderung in Form einer Fehlbedarfsfinanzierung gewährt. Die Beteiligung des Zuwendungsempfängers ist in Höhe von 10% der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben vorgesehen. Die Förderung ist pro Antragsteller auf einen

Betrag von max. 150.000 € p.a. gedeckelt, der sich aus den in den Punkten 2.1 bis 2.3 benannten Beträgen zusammensetzt. Je nach erforderlicher Qualifikation der Stelleninhaberinnen bzw. der Stelleninhaber und zugehörigem Stellenumfang sowie Projektmittelbedarf ist der Zuwendungsempfänger in der Aufteilung des Förderbetrags variabel.

Grundlage für die Verteilung der Mittel auf die einzelnen Bundesländer sind die Kinderzahlen U6 des Statistischen Bundesamtes (mit einem Zuschlag von 10 Prozent für die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg, der zusammen knapp 0,8 Prozent des Gesamtvolumens ausmacht).

5. Antrags- und Bewilligungsverfahren

Dem Antragsverfahren ist ein Interessenbekundungsverfahren vorgeschaltet. Die aussagekräftige Bewerbung ist an das BMFSFJ oder eine von ihm beauftragte Stelle einzureichen. Nach Priorisierung der potenziellen Zuwendungsempfängerinnen bzw. -empfänger, die teilweise durch die Bundesländer vorgenommen wird, werden die Absender positiv bewerteter Interessenbekundungen aufgefordert, einen förmlichen Förderantrag in schriftlicher und elektronischer Form zu stellen. Die Fristen werden gesondert bekanntgegeben.